blick punkt

Nr. 280
April 1994

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Der Lärm wird sich verstärken

Ab 1.April gelten auf dem Frankfurter Flughafen neue Landegebühren. Für leisere und weniger Schadstoff ausstoßende Flugzeuge sollen geringere Gebühren zu zahlen sein. Das Thema wurde von der FAG jetzt, nicht zuletzt als Imageverbesserung, sehr geschickt verbreitet, wo sie doch verstärkt im Umland, wegen neuer Ausbaupläne mit Waldabholzungen, Mißfallen erregt. Sicher wird jeder, der unter der seit Jahren stetig steigenden Lärmbelästigung leidet, alle Maßnahmen die zur Lärmminderung führen, begrüßen. Aber Skepsis und Mißtrauen sind gegenüber den cleveren Managern schon angebracht. Da war in der Presse zu lesen, daß trotz aller Anpassungen der Landegebühren an die allgemeine Preisentwicklung, es zu keiner Benachteiligung der Kunden (Fluggesellschaften) komme, da die FAG sichtbar Rücksicht auf deren finanzielle Lage genommen habe. Der Frankfurter Flughafen zähle auch nach den Gebührenerhöhungen nicht zu den teuersten in Europa. Weiter heißt es, daß die militärischen Maschinen in Zukunft die höchsten Landegebühren bezahlen müssen. Aber wann hat sich das Militär schon einmal an hohen Kosten gestört? Wenn, wie geplant und von den Anteilseignern des Flughafens (Bund, Land, Frankfurt) aber auch von vielen Kommunalpolitikern gewollt, die weiteren Ausbaupläne Wirklichkeit werden, kommen nicht weniger, sondern mehr Flugbewegungen auf uns zu. Also letzten Endes in der Summe doch mehr Lärm und mehr Schadstoffe.

Bei mehr Flugbewegungen am Himmel, werden noch weniger die vorgeschriebenen Routen eingehalten. Die "Cowboy-Piloten" machen es uns täglich vor, wenn sie ihre schwer beladenen Militärmaschinen auch des Nachts über die Dächer unserer Stadt ziehen. Aber auch das frühe Abdrehen der kleineren Maschinen über den Bereich Walldorf-Süd zeigt, daß ständig Maßnahmen gesucht werden, um kürzere Startfolgen zu ermöglichen.
Wenn der Erste Kreisbeigeordnete und Sprecher der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft Flughafen (KAG) Baldur Schmitt meint, der Lärm sei schon zurückgegangen und glaubt, den Bürgern Hoffnung machen zu können, daß sich das noch weiter verbessert, dann sagt er nicht die volle Wahrheit. H. Hechler

CARGO CITY

Die Flughafen-Arbeitsgruppe, ein Forum verschiedener Bürgerinitiativen gegen die Auswirkungen des Flugverkehrs im Rhein-Main-Gebiet, schreibt in einer Presseerklärung:
"Anläßlich der jüngsten Sitzung befaßten wir uns intensiv mit den nun vorliegenden Plänen zum Ausbau des Cargo City Projekts.
Anhand der Unterlagen zum Raumordnungsverfahren ist deutlich erkennbar, daß die Flughafen AG ihre ursprünglichen Pläne von 1990 unnötigerweise um Waldflächen erweitert hat. Noch während die Flughafen AG mit der US Air Base um deren Abzug verhandelte, verplante die FAG flugs die südlichen Waldflächen in Form von Speditionsgelände. Diese Speditionenflächen

Fortsetzung nächste Seite

Mahnung und Protest. Die DKP/Offene Liste verteilte am 10. Jahrestag der Eröffnung der Startbahn/West Flugblätter am Mörfelder Dalles.

Fortsetzung von Seite 1

waren in früheren Plänen des Projekts nicht vorhanden. Hintergrund dieses geplanten Waldverlustes ist die Tatsache, daß die Flughafen AG in zeitlicher Konkurrenz mit den Planungen auf dem nahe liegenden Caltexgelände versucht, Speditionen auf den Flughafen zu holen, die derzeit noch außerhalb des Zaunes agieren und Steuern z.B. nach Kelsterbach bezahlen. Kein Wunder, der Vorstandsvorsitzende Dr. Bender kommt von Spedition Schenker und kennt die Branche!

Nach neuesten Quellen ziehen die Amerikaner nicht erst 1997, sondern bereits Mitte 1995 nach Ramstein mit großen Teilen des Equipments um. Daher kommt die Eile, mit der Herr Bender und Herr Klemm Tatsachen schaffen wollen und Wald noch diesen Herbst gerodet werden soll. Ist der Wald erst mal gefällt, haben wir den Lärm und die Abgase der Fliegerei nur noch wenige hundert Meter vor unseren Fenstern und Ohren!

Dem werden wir massiv entgegenarbeiten. Ab 25.4.94 liegen die 600 Seiten der Pläne in den Rathäusern aus. Jede Frau und jeder Mann, der davon betroffen ist, können dann einen Monat lang die Pläne einsehen und ihren Einspruch dagegen zu Papier bringen. Am 5. Mai 1994, 20 Uhr findet hierzu eine große öffentliche Informationsveranstaltung in Walldorf statt. Alle Bürger/innen sind hierzu eingeladen! Exakt 10 Jahre nachdem die ersten Flieger von der Startbahn West abgehoben haben müssen wir sehen und hören, daß der Flughafen von Umweltschutz nichts hält und verstärkt so tut, als ob von diesem Waldfrevel die Schaffung neuer Arbeitsplätze abhängen würde."

David hat Goliath auch geschlagen. UZ

Zeitung der DKP

Probeexemplare bestellen!
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Sparen, sparen . . .

In der öffentlichen Meinung steht die öffentliche Verwaltung, die sog. öffentliche Hand, nicht gut da. Da ist von Verschwendung, vom Wasserkopf, von der Leichtfertigkeit im Umgang mit Steuergeldern die Rede. Ein Fünkchen Wahrheit ist wohl dran. Doch jetzt in der Krise der Wirtschaft und der Gesellschaft ist eisernes Sparen angesagt. Sparen ist zum Modewort und -begriff geworden. Durch Sparen soll die Gesundung von Wirtschaft und öffentlicher Hand bewerkstelligt werden.

Offenbach und sein neuer Oberbürgermeister Grandke sind zum Inbegriff des "erfolgreichen Sparens" geworden. Ein Grund, sich das "Offenbacher Modell" einmal genauer anzusehen: Offenbachs Bedienstetenzahl wurde fast halbiert, die Verfahrenswege sollen angeblich kürzer und schneller werden, öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder, Theater, Alten- und Jugentreffs werden geschlossen oder privatisiert, ebenso städt. Dienstleistungen. Für jede Leistung der Stadt werden Gebühren und Beiträge erhoben, bestehende steigen entsprechend. Beim Bau wird auf "unnötigen Schnickschnack" verzichtet. Vereine müssen für Hallen und Plätze Miete zahlen. Erfolg! Der Schuldenberg schmilzt - trotz steigender Sozialverpflichtungen, die die Kommunen überall zunehmend belasten.

Angenommen, derartige Sparkonzepte werden überall praktiziert, überall werden Sozialeinrichtungen verteuert oder geschlossen, überall werden die Verwaltungen verkleinert ("schlanker") oder gar halbiert, überall werden die Gebühren und Beiträge erhöht, was dann? Dann wird der sog. kleine Mann, der einzelne Bürger sich weniger leisten können, das Kulturangebot wird aufgrund weniger Nachfrage (nicht zu verwechseln mit weniger Bedürfnis) zurückbleiben. Die Arbeitslosenzahlen werden weiter ansteigen.

Die (Noch-)Beschäftigten werden aufgrund der Privatisierungen und des großen Angebots an Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt weniger verdienen . . .

Dann werden die Kreis- und Landesparlamente und auch der Bundestag sich sagen: "Die Kommunen brauchen nicht so viel Geld, denen können wir noch etwas wegnehmen oder noch weitere Lasten/Aufgaben auferlegen oder übertragen."

Die Spirale dreht sich also nach unten. Die Profiteure dieser Entwicklung werden sicher nicht die Kommunen und die Bürger sein, denn sie sind die Letzten in der Spirale und die Letzten beißen bekanntlich die Hunde. RD

10 Jahre Startbahn/West
Jetzt wollen sie den Rest!
Kein Wald für Cargo-City!

Vor 10 Jahren wurde die Startbahn/West eröffnet. Damals hieß es in Wiesbaden: "Es wird kein Baum mehr fallen!"

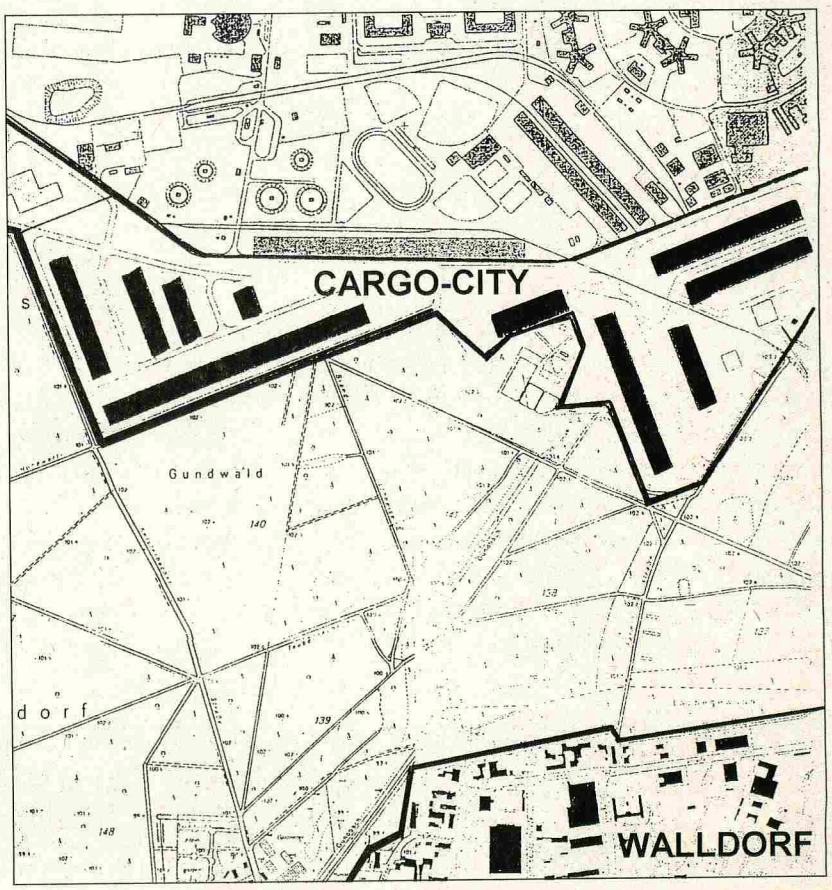
Heute gibt es am Flughafen Frankfurt Entwicklungen, die dem Umland im wahrsten Sinne des Wortes noch schlaflose Nächte bereiten werden.

Noch in diesem Jahr soll direkt am Walldorfer Nordrand mit dem Bau von "Cargo-City-Süd" begonnen werden, im Oktober wird das neue riesige Terminal eröffnet. Es herrsche eine sehr gute, konstruktive Stimmung innerhalb der FAG, meint Dr. Bender, der Chef. Weiteres Wachstum also, noch mehr Krach und Dreck am Himmel und auf der Erde, noch mehr Siedlungsdruck, noch mehr Straßenverkehr und neue Waldverluste. Es wird langsam ungemütlich im Ballungsraum Rhein-Main.

Cargo-City, das heißt gewaltige Frachthallen und Bürogebäude. Ein erstes mit 9.800 qm Nutzfläche soll schon in zwei Jahren fertig sein, die erste Frachthalle mit 22.000 qm kurz danach. Dabei bleibt's nicht. Eine weitere Monsterhalle mit 26.000 qm und ein Bürohaus mit 20.000 qm sind fest eingeplant.
Nur beiläufig wird erwähnt - es werden auch wieder Bäume fallen. Die einen sprechen von 22 ha, die anderen gar von 36 ha Wald.

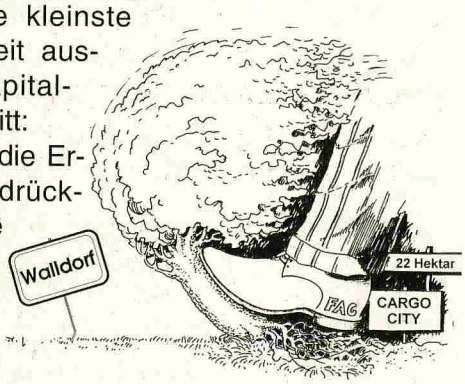
Wenn man den nebenstehenden Plan ansieht, kann man sich leicht vorstellen, was da auf unsere Stadt und die Bürgerinnen und Bürger zukommt. Der Flughafen wäre dann wirklich genau vor unserer Haustür.

Am 20. Dezember 1993 wurde zwischen der BRD, der FAG und der US-Air-Force ein Abkommen unterzeichnet, wonach die Amerikaner für eine Zahlung von 117,5 Millionen DM die Hälfte "ihres" 360-ha-Geländes der FAG überlassen. Vom 180-ha-Zuwachs braucht die FAG aber nur 100 ha für ihre "Cargo-City", der Rest soll für "Spiel und Spaß" sein. FAG-Chef Bender stellt sich einen Freizeitpark mit Rundkino und anderen Unterhaltungsmöglichkeiten vor. Vor allem für den Abend- und Nachtbetrieb. Also Disneyland am Nordrand von Walldorf. Irgendwie ist das alles pervers. Anstatt darüber nachzudenken, ob man dort nicht den dünnen Waldschutzgürtel wieder etwas dichter machen könnte, plant man einen publikumsträchtigen und wahrscheinlich auch profitablen Freizeitpark.



Muß sich Mörfelden-Walldorf in sein Schicksal fügen?

Geistersitzung. Sie war schon gespenstisch, diese Stadtverordnetensitzung im März. Auf der Tagesordnung: Anträge der DKP/Offene Liste und der Grünen, die sich gegen die erneute Wucherung des Flughafens richteten.
Direkt am Nordrand von Walldorf (siehe Plan) sollen sie gebaut werden, Riesenhallen, ein großer Frachtbetrieb, und, nebenbei erwähnt - ein Frankfurter Disney-Park. Dafür sind erneut mind. 22 ha Waldeinschlag vorgesehen.
Jeder weiß, es wird mehr Fluglärm geben, mehr Verkehr, der Siedlungsdruck wird wachsen, und, und, und . . .
Eigentlich müßte jetzt ein Ruck durch alle Fraktionen im Stadtparlament gehen - aber nix wars - abgebügelt wurden alle Anträge. "Mörfelden-Walldorf fügt sich seinem Schicksal" überschreibt die Presse ihren Sitzungsbericht.
Der Kreistag sagt zwar mit den Stimmen der SPD "Nein zu weiterem Waldverlust", aber die Sozialdemokraten vor Ort sind nur noch resignativ. "Wir haben keine Möglichkeit, den Waldeinschlag zu verhindern", sagt der Bürgermeister. Während die CDU ohne die kleinste Nachdenklichkeit ausschließlich Kapitalinteressen vertritt: "Wir begrüßen die Erweiterung ausdrücklich, der stärkste Arbeitgeber muß gestärkt werden", so CDU-Sprecher Jung. Da haben wir wieder die Keule Arbeitsplätze, die geschwungen wird. Was sollen da ökologische Bedenken. "Das bißchen Wald . . ."



Eigentlich sollten wir doch langsam alle wissen, was da auf uns zukommt. Man braucht nur Stichworte willkürlich aneinanderreihen: FCKW und Ozonloch, CO_2 und Pseudokrupp, Luftverschmutzung und Neurodermitis, Klimaveränderungen, Hautkrebs, Stürme, Hochwasser. Naturkatastrophen? Nein, Menschenkatastrophen! Katastrophen von Menschen gemacht. Ergebnis vieler kleiner Dinge, zu denen wir nicht NEIN sagten. Müssen wir uns wirklich unserem Schicksal fügen?

Das Ende der Fahnenstange ist längst erreicht

Wenn man auf den Mörfelder Müllberg klettert, sieht man den Flughafen, kann man die ständigen Starts und Landungen beobachten - sieht aber auch den Dreck, den die gewaltigen Maschinen machen. Es ist nicht zu leugnen - wir sind Nachbarn. Tausende aus unserer Stadt finden Arbeit. Es heißt, vom Airport leben inzwischen 150.000 Menschen im Ballungsraum. Zählt man die Beschäftigten aller 400 am Airport ansässigen Behörden und Unternehmen zusammen, ist der Flughafen mit 52.000 Beschäftigten inzwischen der größte "Arbeitgeber" in der BRD.
Im Jahre 1993 gab es 352.140 Starts und Landungen. Tendenz steigend. Der Frankfurter Oberbürgermeister v. Schoeler (SPD) setzt auf den weiteren Ausbau des Flughafens, auf Cargo-City, auf wachsende Passagierzahlen. Im letzten Jahr waren es auf Rhein-Main schon Rekordzahlen: 32,5 Millionen Passagiere, 1.17 Millionen Tonnen Fracht. Bis zum Jahr 2000 erwartet man in der Rhein-Main-Region einen Bevölkerungszuwachs von 300.000 Einwohnern.
Aber es gibt noch andere Rekordzahlen: Frankfurt (660.290 Einwohner) ist mit 8,7 Milliarden DM die höchstverschuldete Stadt in der BRD. Es fehlen mindestens 12.000 Wohnungen, es gibt 64.000 Sozialhilfeempfänger jährlich 140.838 Straftaten, es gibt 300.007 zugelassene Pkw.
Vor gut einem Jahr wurde dort noch vom Rot-Grünen-Modell geredet. Man kann die Aussagen nachlesen: "ökologischer Umbau", "Stadt für Kinder", "Reichtum für alle". Nichts als Sprüche. Die dortigen Rathausgrünen sind ausgebleicht und die SPD setzt auf "Krisenkompetenz". Solche SPD-Leute kennen wir auch in unserer Stadt. Als könnte man immer mehr Sozialabbau beschließen und damit die Löcher stopfen, die uns die Krise des kapitalistischen Systems reißt.

Köpfe und Programm dieser Politiker sind austauschbar. Schoeler oder Vorndran, es sind im Grunde Ärzte am Krankenbett dieses Systems.
Ein immer weiter wuchernder Flughafen wird Frankfurt und die Region jedenfalls nicht retten.
Eigentlich müßte es hier schon längst heißen, "das Ende der Fahnenstange ist erreicht". Wenn sich diese Einsicht weiter oben durchsetzen soll, dann muß sich unten und vor Ort einiges regen.

DKP Offene Liste

Verantwortlich:
Rudi Hechler, Hochstraße 22, Telefon 22362
64546 Mörfelden-Walldorf

Der Ökologie die Zukunft

Das Baugebiet Plassage/Lange Äcker wird zum Prüfstein für ökologisches Bauen und Wohnen. Ein Modellfall sozusagen. Damit ist das Baugebiet auch Forschungsobjekt auf Bundesebene.

Der Papierberg für die einzelnen Stadtverordneten mißt über 1000 Seiten. Da gibt es das Lärmgutachten, Schallschutzmaßnahmen, das ökologische Wasserkonzept, die Eingriffs- und Ausgleichsplanung, das Energieleitbild und das Gutachten zur Wärmeversorgung und schließlich den Bebauungsplan mit integriertem Landschaftsplan.

Das Baugebiet wird künftig auch eine Sonderrolle innerhalb der Stadt einnehmen angesichts der Satzungen, die nur für diesen Stadtteil gelten. Die Auflagen zum Grünausgleich, die Regenversickerung, Energiesparhäuser und die Energieversorgung. Um letzteres geht es bei einer erneuten Vorlage des Magistrats. Soll das Baugebiet mit vielen Einzelheizungen (wobei Gas als Heizkraft vorgesehen wäre) dezentral versorgt werden, oder soll eine zentrale Energieversorgung mit einem Blockheizkraftwerk installiert werden? Nachdem ein erstes Gutachten (von einem von der Maingas AG beauftragten Büro) die Wirtschaftlichkeit einer BHK-Anlage verneint hat, hat ein anderes Institut (hessenEnergie) dieses Ergebnis in Frage gestellt. Muß nun ein neues Gutachten von einem unabhängigen Institut Klarheit bringen?
Wir meinen ja! Es muß ein Konzept entwickelt werden, das die kostengünstigste Variante zur Installierung einer zentralen Energieversorgung vorsieht. Nur die zentrale Versorgung garantiert den niedrigsten Gasverbrauch und damit den niedrigsten Schadstoffausstoß in die Atmosphäre. Mit dem Denken und Handeln von gestern darf morgen nicht gewirtschaftet werden.

Auch aus energiepolitischer Sicht soll dieses Baugebiet Modell- und Vorbildfunktion haben. RD

Gefahr von rechts!

Eine gut besuchte Veranstaltung mit lebendiger Diskussion - das war das Fazit der DKP. Sie hatte Peter Gingold (Antifaschist, Kämpfer der Resistance in Frankreich, Verfolgter des Naziregimes und auch in der BRD) als Referenten gewonnen. Er versuchte den Bogen zu spannen und Parallelen aufzuzeigen aus der Kaiserzeit, der Zeit der Weimarer Republik, dem "Tausendjährigen Reich", zu heute. Er verglich die Parolen von damals mit denen von jetzt. Sein Ergebnis: Die Spitze des Eisbergs (die täglichen Gewalttaten von Mölln, Rostock, Solingen bis Lübeck) basiert auf einem breiten gesellschaftlichen Bodensatz, der durch die fehlende und falsche Geschichtsaufarbeitung und -darstellung genährt wird.

Für den Referenten waren die glatzköpfigen Gewalttäter nicht die Angstmacher für die Zukunft, sondern die, die ideologischen Boden bereiten. Anzuklagen sind die Politiker, Richter, Publizisten und Polizisten. Durch Verharmlosen, Wegschauen und Heucheln befördern sie die populistischen Rattenfänger. Bundesrichter, die in der Auschwitz-Lüge keine Volksverhetzung zu erkennen vermögen, machen sich ebenso schuldig wie Polizisten (kein Eingreifen in Fulda), Staatsanwälte (Landshut, kein Ermittlungsverfahren gegen Schönhuber), Politiker (Kanther will "Reps" nicht zu den Rechtsextremen zählen; Kinkel fällt zu Lübeck nur ein, daß er es im Ausland in Zukunft schwer haben wird). Schuldig machen sich auch die, die glauben, es handele sich bei den Rechtsextremisten nur um ein paar Unbelehrbare und Verblendete. Die Wahrheit ist schlimmer und sie trifft zu allererst jene, die sich selbst als die Mitte der Gesellschaft etikettieren. Sie "besetzen Positionen der Rechten", um die Wählerstimmen zu erheischen. Da spricht man hoch offiziell von der "Durchrassung", vom "übervollen Boot", von der "Ausländerflut" und bezeichnet die Trauerfeiern für die Ermordeten von Solingen als "Beileidstourismus". Um dieser Gefahr langfristig zu begegnen bedarf es natürlich einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Ängste vor dem gesellschaftlichen Abstieg verringert und rechten Populisten das Wasser abgräbt. Darüber hinaus bedarf es aber auch einer radikalen demokratischen Offensive. Sie muß getragen sein von allen Künstlern, Intellektuellen, Publizisten, Gewerkschaften, Bürgerbewegten und Politikern, die sich ihr demokratisches Bewußtsein noch nicht von dem modischen Geschwätz und vom schickem Neo-Nationalismus verkleben lassen. rd

"Kultur braucht ein Dach!", heißt es auf den Transparenten am Alten Rathaus. Nach langen Diskussionen hatten sich SPD, Grüne und die DKP/OL in der Vergangenheit auf das Projekt Kulturcafé geeinigt. Auch die Gewerbegemeinschaft Mörfelden unterstützt dieses Vorhaben, sie schreibt: "Dieses Objekt an diesem Platz muß einer lebendigen Nutzung zugeführt werden." Auf Druck der CDU will die SPD jetzt diese Idee fallenlassen. Damit würde der Kulturinitiative, die sich seit langem engagiert für das Kulturcafé einsetzt, der Stuhl vor die Tür gesetzt.

Das war's

Neun Monate hat die deutsche 1700-Mann-Truppe in Khaki-Drillich vor den Toren von Belet Huen in einem schwer bewachten Camp die Zeit totgeschlagen. Auch ein Somalier, der sich nächtens einen Benzin-Kanister füllen wollte, konnte erlegt werden. Verteidigungsminister Rühe kreuzte gelegentlich auf und dankte im "Namen des Volkes" für den aufopferungsvollen Dienst. Auch Bundestagsabgeordnete im Afrikakorps-Look ließen sich sehen und schlugen den Soldaten vor laufenden Kameras schon mal auf die Schulter. Kurz, die deutsche Wehr war wieder wer.

Zieht man allerdings Bilanz, so war der ursprüngliche UNO-Auftrag total im Wüstensand verrieselt. Die von dem deutschen Kontingent zu versorgenden indischen UNO-Truppen erschienen überhaupt nicht. Also wurde in der Haardt-Höhe auf "humanitären Einsatz" umgepolt. Ergebnis: Ein paar Brunnen wurden gebohrt, fast alle sind inzwischen wieder versiegt. Eine Schule in Belet Huen wurde mit alten Volksarmee-Möbeln beglückt. Bundeswehrärzte halfen im örtlichen Krankenhaus aus. Und eine provisorische Rollbahn wurde angelegt.

Buschan Hadsch Scheid, der Leiter des "World Food Program" der UNO in Belet Huen empörte sich über den gewaltigen Aufwand, den die Bundeswehr in Somalia betrieb: "Mit ihrem Material und ihrem Gerät hätten die Deutschen die ganze Stadt Belet Huen und mit den Kosten ihres Einsatzes die ganze Region aufbauen können."

Bereits zum Jahreswechsel 1993/94 überstiegen die Kosten des deutschen Afrikakorps 331 Millionen DM. Nach dem endgültigen Abzug werden die Kosten auf eine halbe Milliarde Mark steigen. Vergleicht man diese Zahlen mit den Mitteln, die den zivilen Hilfsorganisationen zur Verfügung stehen, dann ist der "humanitäre" Etikettenschwindel nicht mehr zu übersehen. Das "World Food Program" der UNO für die Regionen um Belet Huen hat ein monatliches Budget von 180 000 Mark, die Bundeswehr gab monatlich 40 Millionen Mark aus!

Aber um Hilfe und Humanität ging es den Oberbefehlshabern in Bonn ja gar nicht. Hinter der vom Verteidigungsminister Rühe mit Zeitungsanzeigen ("Ja, Tapferkeit") gefeierten Afrika-Expedition deutscher Truppen stand ein ganz anderes Kalkül.

Der Drang zur Groß- und Weltmacht, der die Konservativen nach der Vereinnahmung der DDR nicht mehr schlafen läßt, war die entscheidende Triebkraft für das Somalia-Abenteuer. Bezahlen tut es der "kleine Mann", dem man ständig sagt, "wir müssen kürzen, wir müssen erhöhen, wir haben kein Geld".

Bei Regen, Sturm und Schneegestöber fanden in diesem Jahr die Ostermärsche statt. Auch aus unserer Stadt kamen "Marschierer", viele bekannte Gesichter sah man auf dem Römerberg.

"Wenn ich mir die Erbärmlichkeit der diesjährigen sogenannten Ostermarschierer noch einmal vor Augen führe, muß ich sagen, etwas Schäbigeres hat es in diesem Lande schon lange nicht mehr gegeben", sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Schäuble. Ein Politiker der so andere Menschen beleidigt, disqualifiziert sich und seine Partei.

Allerdings, es gibt auch Freunde des Ostermarsches, die überlegen, ob diese Form des Protestes zeitgemäß ist.

Der Ostermarsch ist in die Jahre gekommen. Überlebt hat er sich nicht - nicht anders ist das Engagement von einigen Zehntausend in über 200 Ortschaften zu verstehen. Es waren weniger als angekündigt, aber mehr als tatsächlich erwartet.

Man kann geteilter Meinung sein, ob die Mütter, Väter und Kinder, die seit 35 Jahren in der Bundesrepublik zu Ostern auf die Straße gehen, viel erreicht haben.

Gleichwohl ist das, was von den Friedensaktivisten in 35 Jahren bewegt wurde, von kaum zu überschätzender Bedeutung für die demokratische Verfassung des Landes. Nicht, daß es um die Bundesrepublik besonders gut bestellt wäre, aber man brauchte sehr düstere Farben, wollte man die Wirklichkeit ohne inner- und außerparlamentarische Opposition malen.

Es paßt auch nicht in den beschworenen Politikverdruß oder in das den Ostdeutschen nachgesagte Demokratiedefizit, wenn sich Hunderte für Arbeitsplätze statt Schießplätze, für Störche statt Tiefflieger, für Fahrrad - statt Panzerketten einsetzen.

Das ist mehr als wichtig in einem Lande, in dem es immer üblicher wird, alle gesellschaftlichen Probleme individuell zu lösen oft sogar auf Kosten der anderen. Der Ostermarsch ist immer ziviler Ungehorsam gewesen, und es gehört zu den großen Hoffnungen, daß es in dieser Welt keinen Frieden mit dem Kriege, mit Militäreinsätzen und Gewalt geben wird.

Armut in Deutschland

Der Kapitalismus hat gesiegt, der Sozialismus ist tot, Marx ist auch tot, aber Jesus lebt, sagt Herr Blüm, die Überlegenheit der freien Marktwirtschaft ist ganz klar... Und dann gibt es wie in jedem Jahr den Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes:
7.250.000 Menschen gelten in Deutschland als arm - 4.650.000 im Westen und 260.000 Menschen im Osten Deutschlands. Hunderttausende Kinder leben in Armut und lernen nie etwas anderes als den Mangel kennen. Als arm gelten jene Haushalte, die mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Haushaltseinkommens auskommen müssen. Dies sind aber nur Durchschnittszahlen. Im einzelnen ist die Lage noch schlimmer: Die meisten der Armen sind alleinerziehende Frauen mit Kindern, kinderreiche Familien, ältere Menschen, insbesondere Frauen.

Und das zu einer Zeit,
- da die Kohl-Regierung fast wöchentlich neue Einschnitte in soziale Ausgaben beschließt,
- da die Konzerne in Lohnrunden Einkommensstopp oder gar Einkommenssenkungen durchsetzen, was sich auf die Steuereinnahmen und die sozialen Ausgaben auswirkt,
- da immer neue Opfer der Bevölkerung verlangt werden, damit die Konzerne Gewinne machen können,
- da Steuersenkungen für die Reichsten der Reichen in Aussicht stehen.

Wenn das zum Sieg des Kapitalismus gehört - und es gehört dazu - dann hat dieser Sieg Millionen Menschen im Lande arm gemacht.

Zumindest ist das etwas zum Nachdenken!

TERMIN VORMERKEN

18. Juni 1994
im Hof des
»Goldenen Apfel«
Grillfest der DKP

Noch Chancen nach der Babypause?

Für über 80 Prozent der Frauen in Rheinland-Pfalz ist der berufliche Wiedereinstieg nach der "Babypause" mit beruflichem Stillstand oder sogar Abstieg verbunden. Das ergibt sich aus einer Befragung von über 500 Frauen und 80 Unternehmen. Danach konnten nur 8 Prozent der Frauen einen Aufstieg erreichen. Über 25 Prozent mußten sich mit einem Abstieg abfinden. Bei 66 Prozent ergab sich ein Stillstand im beruflichen Fortkommen. Mit einer Teilzeitbeschäftigung ist ein Weiterkommen im Beruf nach dem Erziehungsurlaub offensichtlich gar nicht vereinbar. In dieser Gruppe erreichten nur 6 Prozent der Frauen einen Aufstieg. Dabei verfügten 78 Prozent der Berufsrückkehrerinnen über eine abgeschlossene Berufsausbildung Insgesamt gibt es allein in den alten Bundesländern etwa 1,4 Millionen "Rückkehrerinnen". Laut Statistik der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit ist ihr Anteil zwischen 1984 und 1992 von 3,5 auf zwölf Prozent gestiegen.

Alleinerziehende alleingelassen

Ein Drittel der alleinerziehenden Frauen sind arm. Bereits 1990 bezogen 244.000 alleinerziehende Frauen Sozialhilfe. Auch die Dauer ihrer Abhängigkeit von Sozialhilfe ist länger als bei anderen Berechtigten. Im Durchschnitt beziehen sie 33 Monate lang "Hilfe zum Lebensunterhalt", während der Durchschnittsbezug 22 Monate beträgt. Hauptursache ist Arbeitslosigkeit, die sich häufig daraus ergibt, daß die Frauen keine erschwingliche Kinderbetreuung finden und darum zur Aufgabe der Erwerbstätigkeit gezwungen sind. Aus dem Armutsbericht des Caritas-Verbandes ergibt sich auch, daß nur 14 Prozent alleinerziehender Frauen über Unterhaltszahlungen als überwiegende Finanzierungsquelle verfügen, obgleich fast die Hälfte der alleinerziehenden Mütter geschieden sind.
Hoffentlich denkt der eine oder andere im Stadtparlament an die geschilderten Fakten, bevor er seine Hand für Gebührenerhöhungen hebt.

LINKE RUNDE

Diskussionsforum der DKP Mörfelden-Walldorf

4. Mai 1994
»Hat der dritte Weltkrieg schon begonnen?«
Es spricht: Dr. W. D. Gudopp, Frankfurt

1. Juni 1994
»Die Kommunisten in Europa« Entwicklungen, Tendenzen, Aussichten
Es spricht: Rolf Priemer, DKP-Sprecher

29. Juni 1994
»Hitler war kein Betriebsunfall« Lehren aus der Geschichte von der Weimarer Republik bis heute
Buchlesung und Diskussion mit Emil Carlebach, Frankfurt

13. Juli 1994
Die DKP und die Bundestagswahlen
Es spricht: Axel Seiderer, Sprecher der DKP Hessen

7. September 1994
»Geschichte, Geschichten, Zukunftsgedanken«
Es spricht: Herbert Mies, langjähriger Vorsitzender der DKP

Alle Veranstaltungen finden jeweils um 20 Uhr, im Bürgerhaus Mörfelden, Klubraum, statt.

Absahner

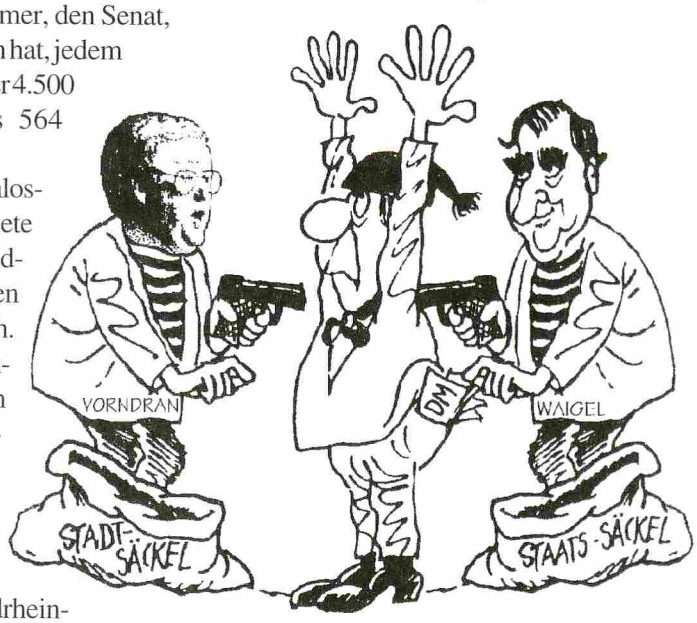
Gegenwärtig erhält ein einfacher Bundestagsabgoordneter monatlich 10.366 Mark. Bundestagspräsidentin Süssmuth bekommt das Doppelte, ihre vier Stellvertreter streichen das Eineinhalbfache ein. Dazu kommt eine steuerfreie Kostenpauschale von 5.978 Mark . Dazu kann jeder Abgeordnete umsonst mit der Bahn fahren, im Raum Bonn ein Dienstauto benutzen und erhält Flugkosten für Mandatsreisen zurück. Das Büro am Regierungssitz stellt die Bundestagsverwaltung zur Verfügung. Das Telefonieren aus dem Bundestag ist kostenlos, für Telefax können monatlich bis zu 4.000 Mark erstattet werden.

Für seine Mitarbeiter kann der Abgeordnete nochmals 13.349 Mark im Monat beanspruchen - zuzüglich Sozialversicherungsbeitrag des Arbeitgebers, Weihnachtsgeld und sonstige Sonderleistungen. Solche Mittel wurden erstmals 1969 bereitgestellt. Damals waren es 1500 Mark monatlich und es gab 398 Mitarbeiter der Abgeordneten. Heute hat sich ihre Zahl mehr als vorzehnfacht (4.130); die Kosten stiegen nahezu im gleichen Maße.

Schnell sind so monatlich 30.000 DM zusammen, und das mal 662 Abgeordnete . . .

Die Landesparlamente stehen dem nicht sonderlich nach. Im Freistaat Bayern z.B. versorgen sich die Amigos mit 8.700 Mark Diäten und 4.711 Mark Aufwandsentschädigung. Dort leistet man sich sogar eine zweite Kammer, den Senat, der zwar nichts zu sagen hat, jedem seiner 60 Mitglieder aber 4.500 Mark einbringt, plus 564 Mark für jede Sitzung.

Im Laufe der Jahre erschlossen sich viele Abgeordnete zahlreiche weitere Geldquellen - und kassieren nun doppelt und dreifach. 57 Abgeordnete des Bundestages sind zugleich Minister und Staatssekretäre und werden auch dafür bezahlt. Andere erhalten für die Fraktionsarbeit Zuschüsse - so zum Beispiel Nordrhein-Westfalens CDU-Oppositionsführer Helmut Linssen ein zweites Gehalt, das seine Jahreseinkünfte auf 330.000 Mark steigen läßt. Damit hat er mehr als Ministerpräsident Johannes Rau (320.000 Mark).



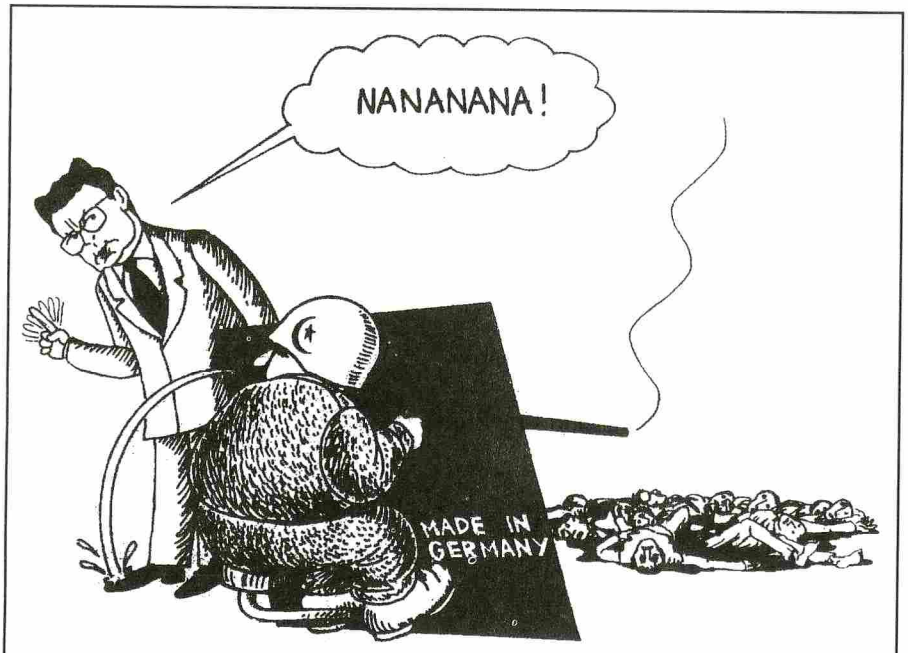
Warmer Regen für den Lebensabend

Sofort beim Ausscheiden wird ein "Übergangsgeld" in Höhe der mit den Abgeordnetenjahren multiplizierten Monatsdiäten von 10.366 Mark plus zwei oder drei Monatsgehältern für weniger bzw. mehr als eine halbe Wahlperiode fällig - oft schon eine sechsstellige Summe. Zugleich ist ein Pensionsanspruch erworben. Er beträgt nach achtjähriger Zugehörigkeit zum Bundestag 3.545 Mark und kann nach 18 Jahren dortiger Seßhaftigkeit bis auf 7.596 Mark steigen.

In den Ländern fällt oft noch mehr Goldstaub auf den Ausgeschiedenen und sei er auch gestrauchelt. Das Übergangsgeld von Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Werner Münch versüßte ihm den Sturz durch die Gehälter-Affäre mit 422.000 Mark: zwei seiner Minister konnten immerhin 374.000 Mark abgreifen. Münchs zweieinhalbjährige Amtszeit wird mit einem Ruhegehalt von 5.375 Mark honoriert, die ab dem 55. Lebensjahr zu zahlen ist - bei dem 53jährigen also schon in zwei Jahren.

Beliebt ist auch die Versorgung eines Ausscheidenden durch ein gutdotiertes, aber wenig arbeitsintensives Amt. So stieg kürzlich der CDU-Abgeordnete Heribert Scharrenbroich, der nicht wieder für den Bundestag kandidiert, zum Staatssekretär im Familienministerium auf mit 19.164 Mark Gehalt und einem fünfstelligen monatlichen Ruhestandsgeld für die nächsten fünf Jahre.

Ach ja, beiläufig gesagt, das sind dann meist die selben "Politiker", die vom "kollektiven Freizeitpark" faseln und sich immer neue soziale Abbaumaßnahmen einfallen lassen.



"Frankfurter Rundschau", 14. April 1994: "Kinkel vermißt Beweise, das Deutsche Waffen vertragswidrig gegen Kurden eingesetzt wurden."

Finanznot der Gemeinden:

Ist wirklich kein Geld da?

Die Schulden der Kommunen klettern und klettern. Insgesamt waren die deutschen Gemeinden Ende 1992 mit 157 Milliarden DM verschuldet, ein immer größerer Teil ihrer Einnahmen gehen für Zinsen und Tilgung drauf. Gleichzeitig sind die Bankprofite explosionsartig gestiegen, nicht zuletzt weil die Spanne zwischen Guthaben- und Kreditzinsen immer größer wird:

Datum	Sollzinsen	Habenzinsen	Differenz
Jan.'90	11,09 %	6,09 %	5 %
Jan.'93	13,65 %	6,79 %	6,86 %
Jan.'94	11,94 %	4,47 %	7,47 %

Die Kämmerer jammern: "Es ist kein Geld da!" Aber wir zahlen doch unsere Steuern, unsere Abgaben. Wo bleibt denn unser Geld?

Nehmen wir Hessens größte Stadt, Frankfurt. Der städtische Haushaltsplan weist aus: jährlich an Zinsen und Amortisation an die Banken zu zahlen: 800 Mill. DM, also fast eine Milliarde DM. Jeden Tag also, jeden Tag im Jahr zahlt allein Frankfurt 2 Mill. an die Deutsche Bank, die Dresdner, die Commerzbank und wie diese "Krebsgeschwüre am Volkskörper" so alle heißen (so wörtlich Dr. Dieter Dehm, SPD-Stadtrat in Frankfurt; er wurde für diese Worte durch die Prominenten seiner Partei öffentlich "zur Sau gemacht"). Zwei Millionen Tag für Tag an die Banken! Das heißt: bevor morgens die erste Straßenbahn aus dem Depot rollt, bevor der erste Müllcontainer geleert wird, bevor die erste Kindergärtnerin zur Arbeit geht, bevor die erste Schwester im Krankenhaus das Bett aufschüttelt, bevor der Oberbürgermeister zum Füllhalter greift - gehen zwei Millionen Mark zur Dresdner, zur Commerz-, zur Deutschen Bank. Ist das ein Naturgesetz? Muß das so sein? Oh nein, die Herrschaften können auch anders. Wenn es ihnen politisch nützlich erscheint nämlich: Da haben sie jetzt, Anfang März 1994, die an Polen verliehenen Gelder umgeschuldet. Was das heißt?

Der Staat Polen ist im Westen mit 30 Milliarden Mark verschuldet; diese Gelder hat man ihm geliehen, um ihn politisch "bei der Stange zu halten". Aber Polen ist pleite, ausgeplündert, wie die ehemalige DDR. Bevor aber Polen abspringt, werden diese Anleihen nun großzügig "umgeschuldet". Konkret: Polen kann die Gelder 30 Jahre lang abstottern. Der ganze Staat Polen zahlt also 30 Jahre lang gerade soviel, wie die Stadt Frankfurt jährlich allein zahlen muß.

Es geht also, wenn man nur will! Denn die Banken haben sich dick und dämlich gefressen am Volkseinkommen. Nur wenn sie politisch unter Druck stehen, wie jetzt im Fall Polen, dann lassen sie mit ihrem Wuchergeschäft nach.

Aber bei uns? Bei unseren Städten? Stehen sie unter Druck? Wehrt sich ein Oberbürgermeister, ein Magistrat, eine Gemeindevertretung? Wehren sich unsere Sozialdemokraten? Der Vorndran? Der Brehl? Wo bleibt ihr Protest, wo bleibt die Erklärung des Städtetages: "Wir machen nicht mehr mit bei diesem Wucherspiel! Wir zahlen erst wieder, wenn die Bedürfnisse unserer Menschen befriedigt sind; die sind wichtiger als Dividenden für Börsenhaie, die ihre Gelder nach Hongkong oder Thailand verschieben."

Wir Kommunisten verlangen: Einstellung der Zinszahlungen bis wieder Ordnung in den Gemeindekassen herrscht! Fluchtsteuer auf alles Kapital, das ins Ausland verschoben wird! Höhere Besteuerung des Zinsgeschäfts!

"Christus lebt", sagt Herr Blüm - dann handelt gefälligst entsprechend.

Warum wir nein sagen !

Der Haushalt unserer Stadt für 1994 soll Ende April beschlossen werden. Seit über einem halben Jahr gibt es im Stadtparlament keine Mehrheit für den Entwurf, den der Stadtkämmerer im September 1993 vorgelegt hat. Nach langem hin und her deutet jetzt alles auf die Zustimmung der CDU zu einem "Kompromißhaushalt" ab, bei dem die SPD - politisch einige Federn gelassen hat. Auf der Strecke bleiben vor allem das Kulturcafe im Alten Rathaus, der Grüne Stadtrat Treber und die Bürgerinnen und Bürger, denen einiges an Gebührenerhöhungen ins Haus steht - vor allem bei der Müllabfuhr und beim Abwasser. Ausgeglichene Gebührenhaushalte in diesen Bereichen, das war das Hauptanliegen der SPD, dem sie mit der CDU jetzt näherkommen will. Mit uns war da kein "Geschäft" zu machen - wir sehen uns den Hauptaussagen unseres Wahlprogramms verpflichtet, linke Opposition im Stadtparlament zu sein, die Gebührenerhöhungen ablehnt. Wir halten den Weg ständiger Gebührenerhöhungen für falsch, erst recht in einer Zeit, in der den Arbeitern, Angestellten und Rentnern Einkommensverluste zugemutet werden. Und wir wären schlecht beraten, in diesem Punkt jetzt nachzulassen, wo sogar die Grünen in Sachen Gebühren das Maß für voll halten. Ein Haushalt des uneingeschränkten Weitergebens der Belastungen von Bund, Land und Kreis an die Bürger, ein Haushalt, der die "Elendsverwaltung" in den Mittelpunkt stellt und selbst die Finanzierung bereits beschlossener Dinge offen läßt, geschweige denn Spielraum für Anträge unserer Fraktion läßt, wie könnten wir dem zustimmen?

Jede Mark hilft dem »blickpunkt«!

Unser Konto: Kreissparkasse GG, Konto-Nr. 9003419, BLZ 50852553

Stadtgeschichten

Es war Ostern 1930 - die Fußballer des "Freien Turn-und Sportvereins Walldorf" hatten Gäste aus Erfurt. Unser 64 Jahre altes Foto zeigt die Jugendmannschaften beider Vereine mit ihren Betreuern. Von den beiden noch lebenden Walldorfer Sportfreunden Konrad Wilker und Adolf Klein, waren alle Namen der Akteure, aber auch einige Anekdoten aus dieser Zeit zu erfahren. Adolf Klein, heute 92-jährig, wußte noch, daß der Verein damals eine Strafe zahlen mußte, weil es an Ostern untersagt war, Spiele auszutragen. In der alten, meist freundschaftlich gemeinten, Mörfelder-Walldorfer Stichelei, wurde angedeutet, daß auch damals schon Spieler abgeworben wurden. In der hinteren Reihe der Spieler steht links tatsächlich Fritz Wenz, ein vor und nach dem Kriege aktiver und bekannter Mörfelder Fußballer. Die weiteren Spieler waren von links (Walldorf in schwarzen Hosen) Rudi Marouelli, Wilhelm Mailer, Jakob Jourdan, Adolf Wilker, Konrad Wilker, Peter Nohl und Betreuer Adolf Klein, vorne kniend von links, Wilhelm Holzschuh, Gustav Scherber (Tormann), Jakob Becker und Adolf Pons.

Eintagsfliege

Bürgermeister macht Metallern Mut

So lautete die Überschrift eines Artikels im "Stadtanzeiger". Bernhard Brehl hatte sich mit dem Warnstreik der Metallarbeiter bei Garny, Mabeg und Hebenstreit solidarisch erklärt.

"Vor so einem Mann muß man den Hut ziehen", wird SPD - Stadtverordneter H. Kopeitko (Betriebsratsvorsitzender bei Garny) zitiert.
Nun fragten bei uns Metaller an, die hatten in der Tarifrunde in der Region Langen/Mörfelden auch die Rathäuser angeschrieben mit der Bitte, eine Unterschriftenaktion für das Streikrecht und gegen Aussperrung zu unterstützen. Sie hätten ihre Listen aus dem Rathaus von Mörfelden-Walldorf kommentarlos zurückbekommen.

Offensichtlich wurden nicht einmal - wie sonst üblich - die Stadtverordnetenfraktionen von dem Anschreiben informiert.

H.Kopeitko hat recht: Daß sich ein Bürgermeister für die Belange der Arbeiter ausspricht, kommt nicht oft vor.

75 Jahre Fußball

Die Fußball-Abteilung der SKG Walldorf feiert ihr 75jähriges Bestehen. Wir gratulieren herzlich.

Fraktion DKP/Offene Liste "blickpunkt"-Redaktion

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Telefon 22362.